

Die CVP wird zur Baustelle

Nach der Rücktrittserklärung von CVP-Fraktionspräsident Matthias Baumberger gehen der Ortspartei die Führungsfiguren aus. Von den «jungen Wilden», die der Partei in der letzten Legislatur einen neuen Kurs und neue Impulse gaben, ist nur noch Franco Albanese im Rat verblieben. Bricht jetzt eine Richtungsdebatte an, könnte das auch die Mehrheitsverhältnisse im Parlament verändern.

Rücktritte sind für kleine Parteien ein Aderlass. Verlässt eine zentrale Figur die Fraktion, geht viel Know-how, gehen wichtige Kontakte verloren. Die CVP trifft es dieser Tage

ANALYSE

Zum Rücktritt von Matthias Baumberger (CVP)

besonders hart: Mit Matthias Baumberger zieht sich nicht nur der Fraktionspräsident, sondern auch der grosse Aktivposten der Ortspartei aus dem politischen Tagesgeschäft zurück. Die Gründe, ein zweites Kind und die berufliche Belastung, lassen keine Kritik zu. Das neue Familienbild und die gestiegenen Ansprüche der Arbeitswelt hinterlassen Spuren überall im Milizsystem.

Für die CVP ist Baumbergers Rücktritt präkär. Denn er war es, der zusammen

mit René Harlacher und Franco Albanese der Partei vor allem in der letzten Legislatur neue Impulse und einen neuen Kurs verpasst hatte. Die wertekonservative, wirtschaftsliberale, auto- und haus-eigentümerfreundliche Ausrichtung ärgerte zwar den linken Flügel der Partei und provozierte Diskussionen, und er konnte bei den letzten Wahlen nicht verhindern, dass die CVP einen Sitz verlor. Dennoch: Die Partei blieb im Gespräch und als politische Kraft, trotz nur noch vier Gemeinderatssitzen, wahrnehmbar.

Heute ist von den drei «jungen Wilden» nur noch Franco Albanese übrig, und der hat mit seinem Kantonsratsmandat und dem Familienunternehmen weitere Verpflichtungen. Harlacher, der heute in der Geschäftsleitung der Zürich Schweiz sitzt, ging als erster. Baumberger übernahm in der Folge das Fraktionspräsidium und gab das Partei-

präsidium ab. Schon damals hatte die Besetzung der Ämter den Beigeschmack einer Notlösung. Der aktuelle CVP-Präsident Andreas Geering, der in der Schulpflege Stadt-Töss sitzt, ist bisher kaum in Erscheinung getreten.

Und nun? Wie geht es weiter mit der Winterthurer CVP? Franco Albanese sagt, er möchte den wertekonservativen, wirtschaftsliberalen Kurs weiterfahren. Ob er dafür in der neu zusammengesetzten Fraktion eine Mehrheit finde, sei offen. Das Fraktionspräsidium zu übernehmen, ist für Albanese kein Wunschscenario. Die Belastung sei schon heute hoch. Ausschliessen will er aber nichts und zumindest interimistisch wird er als Vizefraktionspräsident einspringen. Verzichtet Albanese, kommt von den drei verbleibenden CVP-Parlamentariern eigentlich nur Iris Kuster-Anwander infrage. Die Ökonomin und Frau des Präsidenten der

Handelskammer Thomas Anwander ist noch ein eher unbeschriebenes Blatt. Sie sitzt erst seit Januar im Rat. Klaus Brand ist mit 73 Jahren zu alt, um die Partei in eine neue Ära zu führen. Zusätzlich vertrackt wird die Ausgangslage durch die Unklarheit, wer Baumbergers Sitz erbt. Gemäss Wahlresultat von 2014 wäre es Monika Vogel-Wertli, die in der Zwischenzeit aus der Partei ausgetreten ist. Verzichtet sie, wäre CVP-Präsident Andreas Geering am Zug. Es wäre das beste Szenario im Hinblick auf eine kohärente Parteiorganisation.

So oder so steht die CVP, immerhin die Partei des Stadtpräsidenten, vor einem Selbstfindungsprozess. Die Rollen müssen neu verteilt und eine Richtung muss formuliert werden. Sonst gibt es in der öffentlichen Wahrnehmung bald nur noch Michael Künzle, der als Stadtpräsident und kaum als

Parteiexponent wahrgenommen wird, und dahinter eine grosse Leerstelle – einen Planeten mit einer kräftigen Gravitation, um den keine Monde kreisen.

Peter Baumberger, Ex-Gemeinderat, Alt-Nationalrat und Vater von Matthias Baumberger, empfiehlt der Parteispitze eine Klausur, so wie er sie als Gemeinderat mit der CVP-Fraktion der Siebzigerjahre erlebte. Die Fraktion sei heute kleiner, das politische Geschäft komplizierter, die Politik schwieriger mit den Lebensumständen zu vereinbaren als damals, relativiert er. Und doch müsse die CVP über die Bücher, sich fragen, «was wollen wir?» und nach aussen geeinter auftreten. Das Resultat der Umwälzungen muss alle Parteien interessieren. Denn wenn die CVP in sozialpolitischen Fragen und beim Haushalt ein Stück zurück nach links rückt, kippen im Rat Mehrheiten. Marc Leutenegger

Mehrbelastung für das Neuwiesenquartier

STADTWERK Wegen der Wärmering-Affäre verzögert sich der Bau des Heizprojekts Aquifer, die Bauarbeiten werden komplizierter. Auch andere Stadtwerk-Geschäfte bleiben weiter blockiert.

Es ist ein Mammutprojekt, welches Stadtwerk im Neuwiesenquartier plant. Das Wärmeprojekt Aquifer soll dereinst mit Grundwasser bis zu 7000 Haushalte versorgen. Bereits im Frühling hätte das 60-Millionen-Geschäft vor das Stadtparlament kommen sollen. Doch damals beschloss der Stadtrat eine Sistierung. Auslöser war die immer noch laufende Administrativuntersuchung zur Wärmering-Affäre.

Der Stadtrat behält Aquifer auch weiterhin in der Schublade. Dies, bis alle offenen Fragen zur Wärmering-Affäre geklärt sind. Keine guten Nachrichten sind das vor allem für die Bewohner des Neuwiesenquartiers.

Nicht zweimal aufreissen

Die Aquifer-Grundwasserpumpen sollen unter dem Parkplatz Schützenwiese zu liegen kommen. Dort wirt bereits heute gebaut – es entsteht an derselben Stelle ein riesiges Regenbecken. Der Zeitplan für den Bau der beiden Projekte war anfangs dicht getaktet. Man hoffte auf Synergieeffekte, Stadtwerk und das Tiefbauamt sollten nicht dieselben Stellen zweimal aufreissen müssen.



Es ist zu befürchten, dass der Bau des Regenbeckens (im Bild) zeitlich nicht mehr optimal mit dem Wärmeprojekt Aquifer abgestimmt werden kann. mad

Diese Synergieeffekte werden nun geschmälert, wie Stadträtin Barbara Günthard-Maier (FDP) auf Anfrage bestätigt. Sie vertritt derzeit interimistisch ihren des Stadtwerk-Vorstandes enthobenen Kollegen Matthias Gfeller (Grüne). «Bei einem positiven Entscheid zu Aquifer kann die Verzögerung zu einer neuen Baubelastung des Neuwiesenquartiers führen», sagt Günthard-Maier.

Der Abschluss der Administrativuntersuchung wird diesen Herbst erwartet. Betroffen davon sind auch weitere Geschäfte, die derzeit zurückgehalten werden.

Frist im Nachhinein verlängern

Zum einen ist dies die schon länger geplante rechtliche Grundlage zum Bereich Energie-Contracting, der auch das Projekt Aquifer sowie die Wärme Frauenfeld AG einschliesst. Diese

Vorlage hätte eigentlich schon längst – spätestens im Juni 2016 – das Parlament passieren müssen. So stand es einst in einem Abstimmungsbüchlein. Nun bereitet der Stadtrat offenbar ein formelles Fristverlängerungsgesuch für den Gemeinderat vor – mit einer Verspätung von über zwei Monaten.

Und dann ist da auch noch die geplante Verselbstständigung. Stadtwerk soll von der Verwal-

tung entkoppelt und beispielsweise eine AG werden. Der Plan war eine Volksabstimmung Anfang 2017 und die definitive Auslagerung ein Jahr später. Hier zeichnet sich eine grössere Verzögerung ab. Vorerst gilt ein Marschhalt, strategische Entscheide hat der Stadtrat auf später verschoben. Die zurate gezogenen Rechts- und Finanzspezialisten und auch die in einer Spezialkommission versammelten Gemeinderäte müssen ihre Arbeit ruhen lassen.

Mehrbelastung für Günthard

Das normale politische Tagesgeschäft von Stadtwerk läuft derzeit weiter (siehe Kasten), auch wenn der politische Chef abgesetzt und der Direktor beurlaubt ist. Vorerst wird Barbara Günthard-Maier offene Geschäfte im Gemeinderat vertreten.

Was aufhorchen lässt: Für die Vertretung wurden keine zusätzlichen Personalressourcen geschaffen, und dies obwohl auch in Günthard-Maiers Polizeidepartement gewichtige Entscheide anstehen. «Es gibt tatsächlich eine Mehrbelastung», sagt die Betroffene. «Sie ist aber für diese Interimsphase machbar.» Und Günthard-Maier fügt an: «Sollte die Stellvertretung länger dauern, müsste die Situation sicher analysiert werden.» Mirko Plüss

ABGABEN FÜR STRASSENLATERNEN

Stadtrat hält trotz Kritik an Beleuchtungsabgabe fest

Auch 2017 müssen die Stromkunden für die öffentliche Beleuchtung aufkommen. Kritiker können dagegen nun erstmals Beschwerde einlegen.

Stadtwerk hat gestern die geplanten «Abgaben an das Gemeinwesen» für das kommende Jahr kommuniziert. Auch 2017 soll wie bisher 1 Rappen pro Kilowattstunde verbrauchten Strom in die Stadtkasse fliessen. Seit diesem Jahr ist im Betrag auch eine Abgabe für die öffentliche Strassenbeleuchtung enthalten.

Der Stadtrat hält an der Praxis fest, die in den vergangenen Monaten für viel Kritik sorgte. Über 700 Personen haben eine Petition auf der Homepage www.gebuehrenstop.ch unterschrieben. Wortführerin der Aktion ist Alt-Verfassungsärztin Romana Heuberger (FDP). Sie stört sich an der «Verlagerung von Staatsaufgaben in den gebührenfinanzierten Bereich».

Kunden lange vertröstet

Die Kritiker haben nun erstmals die Möglichkeit, offiziell Beschwerde gegen die Beleuchtungsrechnungen von Stadt-

werk einzureichen. Wer die Rechnung vor einem halben Jahr beanstandet hat, erhält nun per Post eine sogenannte Rechtsmittelbelehrung. Gegen diese kann innerhalb von 30 Tagen Beschwerde beim Stadtrat eingelegt werden.

Auf diese Möglichkeit mussten die unzufriedenen Stromzahler lange warten. Den ganzen Frühling über wurden sie vertröstet. Laut der interimistischen Stadtwerk-Vorsteherin Barbara Günthard-Maier (FDP) habe es diese Zeit gebraucht, um den Sachverhalt bei Stadtwerk detailliert abklären zu können.

«Es gab dieses Jahr zum ersten Mal Kunden, welche sich der Zahlung der Abgabe widersetzt hatten», sagt Günthard-Maier. «Juristisches, Vorgehen und Zuständigkeiten mussten erst geklärt werden.»

Günthard-Maier hat dann zudem verfügt, dass der Versand erst nach den Sommerferien startet, damit auch jeder Kritiker wieder aus den Ferien zurückist.

Romana Heuberger will sich die Rechtsmittelbelehrung nun genau anschauen: «Wir haben unsererseits Kontakt mit Juristen aufgenommen.» mpl

In Kürze

NEUWIESENSTRASSE Frontal kollidiert

Am Donnerstag kurz vor 21.30 Uhr sind im Baustellenbereich auf der Neuwiesenstrasse zwei Autos frontal zusammengestoßen. Drei Personen im Alter von 22, 23 und 24 Jahren wurden nach ersten Erkenntnissen leicht verletzt. An den Fahrzeugen entstand Totalschaden. Laut Stadtpolizei hatte der eine der beteiligten Autolenker anscheinend die Signalisation missinterpretiert und die falsche Spur befahren. Die Neuwiesenstrasse wurde im Unfallbereich rund eineinhalb Stunden gesperrt. red

ZWEI LENKER GESTOPPT Zu viel Alkohol

Am späten Donnerstagabend zog die Stadtpolizei Winterthur zwei alkoholisierte Fahrzeuglenker aus dem Verkehr. Ein 41-jähriger Autofahrer war bei einer Radarkontrolle aufgefallen, sein Atemlufttest ergab über 1,3 Promille. Der zweite, ein 21-jähriger Motorradfahrer, war im Dunkeln ohne Licht unterwegs. Bei der darauffolgenden Kontrolle zeigte sich, dass er keinen gültigen Fahrausweis hatte. Der Atemlufttest ergab ein positives Resultat von mehr als 0,5 Promille. red

ANZEIGE

Andri Silberschmidt
Präsident
Jungfreisinnige Schweiz

«Die Initiative ist unfair, denn sie belastet die Kreditkarte der Jungen mit Milliarden und riskiert damit deren Rente.»

Teure NEIN
AHV-Initiative

www.ahv-initiative-nein.ch/zh
Zürcher Komitee «AHV-Initiative NEIN»,
Stauffacherstrasse 16, 8004 Zürich